

Kolumbien-aktuell

No. 425 23. März 2006

- 1. Politik: Politische Mitbestimmung der Frauen - wie steht es mit einer gerechteren Geschlechterverteilung?**
- 2. Frieden und Konflikt: Die Frauen in Krieg und Frieden - das Weibliche bei der FARC und bei den AUC**
- 3. Menschenrechte: In Medellin klopft die Einschüchterung an die Tür der NGO**
- 4. Soziale Bewegungen: Die Nationale Reparations- und Versöhnungskommission - warum keine Teilnahme**

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Redaktionsequipe:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camilo Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinpe.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz
e-mail: askluzern@datacomm.ch; Internet: www.kolumbien-aktuell.ch

1. Politik: Politische Mitbestimmung der Frauen - wie steht es mit einer gerechteren Geschlechterverteilung?

2.

In Kolumbien war der 8. März - der Internationale Tag der Frau - durch die Vorwahlzeit geprägt, welche viele Fragen aufgeworfen und einige wenig hoffnungsvolle Zeichen bestätigt hat. Diese Wahlen haben gezeigt, dass trotz der breiten Teilnahme von Frauen in den sozialen Bereichen, die Politik in Kolumbien ein Bereich ist, der von den Frauen noch erobert werden muss.

Von Carmen de la Cruz, Beraterin der UNO-Frauenorganisation UNIFEM

Aus Anlass des internationalen Tages der Frau hat die UNO einen Bericht veröffentlicht, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Mitbestimmung der Frauen weltweit noch skandalös tief ist. Im Bericht wird auch gesagt, dass für eine angemessene Vertretung der Frauen mindestens 30% der

Parlamentssitze von Frauen besetzt sein müssen.

Nur 20 Nationen - eingeschlossen Ruanda, Mozambique, Guyana und Burundi - haben diesen Anteil erreicht oder überschritten und nur in drei Ländern ist der Anteil von Frauen und Männer ausgeglichen: In Chile, Spanien und Schweden.

Bei der Vorstellung des Berichtes meinte UN-Generalsekretär Kofi Annan: *Es sind langsame Fortschritte, doch die Welt beginnt zu verstehen, dass es keine wirksamere Politik zur Förderung der Entwicklung, der Gesundheit und der Bildung gibt, als die Ermächtigung der Frauen und Mädchen, und es gibt auch keine wichtigere Politik bei der Konfliktprävention und in den nachfolgenden Versöhnungsprozessen.*

Trotz der Schwierigkeiten werden zweifellos wichtige Anstrengungen zur Erhöhung der Mitbestimmung der Frauen in der formellen, repräsentativen Politik unternommen, so durch Quotenregelungen und andere Massnahmen während der Legislaturperioden. Und wie wir gesehen haben, zeitigt dies in einigen Ländern Erfolg. Doch in vielen anderen Ländern wird die Mitbestimmung der Frauen in der Regierung durch Stereotypen bestimmt. So wird ihnen vor allem der Sozialbereich übergeben, wobei nicht beachtet wird, dass für ein Vorankommen der Geschlechtergleichheit eine Mitbestimmung der Frauen in Schlüsselbereichen wie der Makroökonomie, dem Handel, dem Haushaltsplan und den nationalen Gerichten notwendig ist. In vielen Fällen sind diese Bereiche jedoch gegenüber einer Geschlechteranalyse sehr resistent und öffnen sich kaum der Mitbestimmung der Frauen, dies sowohl gegenüber den politischen wie den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen.

Andrerseits hat die zunehmende Mitbestimmung der Frauen bei den politischen und wirtschaftlichen Entscheiden neue Fragen aufgeworfen über den Aufbau einer weiblichen Bürgerlichkeit und Regierungsfähigkeit: Bis zu welchem Punkt ist die Anzahl der Frauen in Macht- und Einflusspositionen ein Beweis der Nicht-Diskriminierung und von mehr Demokratie in Gesellschaften mit einem hohen demokratischen Defizit? Hat ihre grössere Mitbestimmung in Institutionen wie dem Kongress, der Judikative, der Exekutive, den Unternehmen und den sozialen Institutionen die Verbesserung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern zur Folge? Bilden die Frauen eine repräsentative soziale Gruppe oder einen einheitlichen, *verletzbaren* Bereich? Wie können wir den Generationengraben zwischen den Feministinnen und den jungen Frauengenerationen überwinden, welche aufgrund ihrer grösseren Freiheit nicht nur ihre Lebensqualität verbessern wollen, sondern auch in Macht- und Entscheidungsbereiche vordringen wollen? Diese Fragen müssen uns zu einer Entmystifizierung der Frauen als eine undifferenzierte Einheit ohne spezifische Eigeninteressen führen. Zudem müssen wir die Anreize zur Mitbestimmung und die Frage der Repräsentativität überdenken und die Beziehung zwischen demokratischer Regierungsfähigkeit und Gender verstehen.

In Kolumbien stand der 8. März - der Internationale Tag der Frau - im Zeichen der Vorwahlzeit, welche viele Fragen aufgeworfen und wenig hoffnungsvolle Zeichen bestätigt hat. Im Rahmen der kürzlichen politischen Reform ist die grössere Mitbeteiligung der Frauen vom politischen Willen der Parteien und deren Bereitschaft zur Integration der Frauen abhängig. Keine der sechs grossen Parteien hat den Pakt zur *Wirksamen Integration der Frauen in die Politik* erfüllt, welcher von vielen Regierungsinstitutionen, staatlichen und internationalen Institutionen gefördert worden war. Diese Wahlen haben bestätigt, dass trotz der breiten Teilnahme von Frauen in den sozialen Bereichen, die Politik in Kolumbien ein Bereich ist, der noch von den Frauen erobert werden muss. Einige, noch provisorische Zahlen zeigen dies klar auf:

- Im Senat werden 12 Frauen vertreten sein. Dies entspricht einem Anteil von 12%. Im Repräsentantenhaus werden 17 Frauen Einsitz nehmen, was 10,2% entspricht. Im Durchschnitt beträgt der Frauenanteil 11,1%.

- Im Repräsentantenhaus hat es im Vergleich zur vorher gegangenen Legislaturperiode drei Frauen weniger. Im Senat ist die Zahl mit 12 Vertreterinnen gleich geblieben.
- Von den insgesamt 162 Kandidatinnen, die für einen Sitz im Senat kandidierten, wurden 7,4% gewählt.
- 22 der 32 Departemente sind durch keine einzige Frau im Repräsentantenhaus vertreten.
- Der Anteil der Frauen ist bei diesen Wahlen kleiner als bei den Wahlen in den Jahren 2002 und 1998.

Wenn wir die Daten auf Gemeindeebene anschauen, so erreichten in der Legislaturperiode 2004-2007 nur 9 Gemeinden Kolumbiens eine wirkliche Gleichheit zwischen den Geschlechtern. In weiteren 73 Gemeinden lag der Frauenanteil zwischen 30% und 49% und in 184 Gemeinden lag er zwischen 1% und 9%.

Die Volkswahl der Gouverneure ist seit 1991 in Kraft und seither - die Wahlen von 2003 eingeschlossen - sind nur 7 Frauen als Gouverneurinnen gewählt worden, was einem Anteil von 5% entspricht.

Diese Resultate müssen uns alarmieren und zum Ausgangspunkt für eine Reflexion über die Demokratie werden, welche wir für Kolumbien wollen. Welche Anstrengungen sind notwendig von Seiten der Regierung, dem Ministerium für Öffentliches, den Parteien und der Zivilgesellschaft? Welches sind die Hindernisse, um eine wirkliche Demokratie mit einer Geschlechtergleichheit zu erreichen mit der aktiven Mitbestimmung und Führung der Frauen, wodurch Beziehungen der demokratischen Verantwortlichkeit zwischen allen Kreisen geschaffen werden? Es geht nicht nur darum, einige Frauen an die Macht zu bringen, sondern politische Agenden aufzubauen zur Erreichung einer wirklichen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.

3.Frieden und Konflikt: Die Frauen in Krieg und Frieden - das Weibliche bei der FARC und bei den AUC

Beim Verhandlungsprozess mit den Vereinten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens AUC war keine einzige Frau unter den in Santa Fe de Ralito zusammen gezogenen Kommandanten. Bei den AUC beträgt der Frauenanteil zwischen 5% und 10% der Kämpfenden und es ist für Frauen praktisch unmöglich, in Führungspositionen aufzusteigen. Dies zeigte sich auch beim Verhandlungsprozess mit den AUC, bei denen in all den Verhandlungsjahren keine Frau teilgenommen hat. Die Verhandlungen waren ausschliesslich Männersache.

Von Silvia Otero Bahamón, Forscherin am CINEP

Im Jahr 2000, als die Friedensverhandlungen zwischen der FARC-Guerilla und der Regierung in Gange waren, wurde eine Frau von der FARC in die Thematische Kommission gewählt. Mariana Páez, eine junge Nahrungsmittelingenieurin, war zusammen mit neun Männern beauftragt, die Delegationen, welche aus verschiedenen Teilen des Landes zu den Gesprächen kamen, zu empfangen. Diese Tatsache löste sofort eine Diskussion über die Rolle der Frau in der Guerilla aus. Wenn die Frauen 30% der FARC ausmachen, warum war dann Mariana Páez die erste und einzige Frau im Verhandlungsprozess? Und wenn die FARC auf der internen Geschlechtergleichheit beharrt, warum war dann keine Frau im Obersten Verhandlungskomitee? Die FARC wählten nur eine einzige Frau als Teilnehmerin des Prozesses aus und die Bedeutungslosigkeit der ihr zugeteilten Rolle war offensichtlich.

Das Fehlen der Frauen bei den Verhandlungsprozessen mit bewaffneten Gruppen ist eine Tatsache, welche eine Reihe von Fragen über die Form der Integration der Frauen in die Aktivitäten des

Krieges aufwirft. Welche Rollen haben die Frauen in den Reihen der bewaffneten Gruppen? Machen sie Unterstützungs- und Hilfsarbeiten (etwa als Krankenschwester-Köchin-Sekretärin) oder nehmen sie aktiv an Gefechten teil? Studien über Frau und Krieg¹ haben aus diesen Fragen zwei Hypothesen entwickelt: Die eine geht davon aus, dass die bewaffneten Gruppen die Stereotypen der machistischen und patriarchalen Gesellschaft aufrecht erhalten, welche den Frauen eine Rolle im Haushalt zuteilt; die andere Hypothese vertritt, dass die bewaffneten Gruppen diese Stereotypen bekämpfen und eine Gleichheit fordern, bei denen beide Geschlechter Zugang zum Öffentlichen haben.² Wie steht es damit bei der FARC und wie bei den AUC? Dies ist die entscheidende Frage um zu verstehen, weshalb die Frauen bei den Friedensverhandlungen fehlen.

Die Führung der FARC hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten über die Rolle der Frauen in den bewaffneten Strukturen geäußert. Demnach ist die Frau bei der FARC dem Mann gleichgestellt. Gesagt wird, dass beide Geschlechter zu den gleichen Aufgaben verpflichtet sind. Frauen und Männer nehmen also gleichermassen an Gefechten wie auch an den Unterhaltsarbeiten in den Lagern teil: patrouillieren, kämpfen, Wache halten, Unterkünfte bauen und Holz suchen. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Frauen die Wäsche wuschen und für die Guerilleros kochten; und wenn es die Frauen sein sollten, welche diese Arbeiten machen würden, so soll dies nicht heissen, dass dahinter diskriminierende Argumente stünden. Kommandant Ivan Ríos erklärt die Gründe: *Es ist nicht, weil es sehr angenehm ist, von einer Frau begleitet zu sein. Der Grund liegt darin, dass sie dies besser können. Wenn wir von Hundert Guerilleros in Ausbildung fragen, wer von ihnen Schreibmaschine schreiben kann, dann sind es vielleicht zwei Männer, aber sechs Frauen.*³

Niemand bestreitet, dass in der FARC die Guerilleras nicht das Gleiche machen wie die Männer. Die Kommandanten sind nicht die einzigen, die dies sagen, auch die Guerilleras selber bestätigen dies in Interviews: *Alles wird von allen gemacht. Wenn du kochen musst, so muss auch ein Mann kochen. Glaub nicht, dass du als Frau anders behandelt wirst.* Und eine andere Guerillera fügt bei: *Frauen und Männer müssen die gleichen Arbeiten verrichten. Im Innern der Guerilla gibt es keine Privilegien.*⁴ Die Gleichheit in den Rollen, zusammen mit der Unmöglichkeit Kinder zu haben, die verordnete Empfängnisverhütung⁵ und die Möglichkeit, in mittlere Kaderpositionen aufzusteigen⁶, sind bezeichnende Daten über die Art der Partizipation der Frau bei der FARC.

Erlauben diese Tatsachen den Schluss, dass in der Guerilla die traditionellen Weiblichkeits- und Männlichkeitsstereotypen bekämpft werden? Und wie weit führen diese Tatsachen zu einer Gleichheit der Geschlechter?

Andere Aspekte des Gruppenlebens weisen darauf hin, dass die derart von der FARC verfochtene Gleichheit nicht immer praktiziert wird. Ein erstes Beispiel ist die Regelung der Sexualität und der Liebesbeziehungen. Bei der FARC werden die Frauen verurteilt, wenn sie ihre Sexualität in der

1 Siehe Maria Emma Wills (2005): Frauen unter Waffen - bürgerlicher Fortschritt oder weibliche Unterordnung?, in Analisis Politico, No. 54, Bogotá, Mai - August 2005; Elsa Blair und Luz Maria Londoño (2003): Kriegserfahrungen aus Berichten von Frauen, Revista Nómadas No. 19, Oktober 2003; Donny Meertens (2000): Berichte über Land, Gewalt und Gender, Zentrum für Sozialforschung der Nationaluniversität in Bogotá; Joshua Goldstein (2001): War and Gender - how gender shapes the war system and vice versa, Cambridge Universität

2 Krieg zu führen ist eine öffentliche Aktivität.

3 Interview mit dem FARC-Kommandanten Ivan Ríos, zitiert in Juan Guillermo Perro und Graciela Uribe (2002): El orden de la guerra: Las FARC-EP entre la organizacion y la politica, CEJA, Bogotá.

4 Interview-Fragmente mit Ex-Kämpferinnen im Rahmen meiner Lizenzsarbeit zu Frauen unter Waffen, Erfahrungen über den Eintritt, Kämpfe und Wiedereingliederung. Eine Annäherung aus der Sicht der Soziologie der Emotionen. Andenuniversität, Abteilung für Politikwissenschaften, Bogotá, 2006.

5 Vor einigen Jahren wurde das Land durch die Entdeckung von intrauterinen Implantaten zur Empfängnisverhütung bei Leichen von 12-jährigen Guerilleras aufgeschreckt.

6 Frauen können Kommandantinnen von einer Escuadra oder einer Kompanie werden, den kleinsten Einheiten der bewaffneten Strukturen. Nur sehr wenige Frauen wurden Kommandantinnen eines Blockes und praktisch keine Frau wurde Kommandantin einer Front.

gleichen Form wie die Männer leben. Eine 20-jährige Ex-Guerillera drückte dies so aus: *Das Beste, das du machen kannst, ist gut aufzupassen und nur mit einem zu gehen. Dies trägt dir einen guten Ruf ein. Wenn du mit mehr als einem gehst, so wirst du vom Kommandanten zurecht gewiesen, doch nur die Frauen, während dies bei keinem Mann schlecht angesehen wird.* Dies weist darauf hin, dass innerhalb der Gruppe die traditionellen Werte von Keuschheit und Scham in Bezug auf die Frau weiter gelten.

Das zweite Beispiel stellt die Tatsache zur Diskussion, ob die FARC tatsächlich die Stereotypen von weiblich und männlich bekämpfen. Für die Kämpfenden wird die Tatsache, dass die Frauen das Gleiche wie die Männer machen, so gewertet, dass die Frauen wie Männer werden. Sie werden als Kämpferinnen soweit integriert, wie sie nach Möglichkeit ihre Weiblichkeit verleugnen. Die Zeugenberichte einiger Ex-Guerilleras sind bezeichnend: *Du wirst dort zu einem Mann, das gleiche Gewehr, der gleiche Rucksack, alles immer gleich.* Oder eine andere: *Dort behandeln sie dich nicht wie hier. Dort teilst du allen Fusstritte aus, so wie es die Männer machen, es gibt nicht diese Rücksicht wie hier.* Jene, die als Frauen integriert werden, sind keine Kämpferinnen, sondern Sexualpartnerinnen der Kommandanten: *Diese anderen nahmen sie als Frauen mit und brauchten sie als Frauen, als ihre Partnerinnen.*

Weshalb geschieht dies? Die Kultur formt die Männer - nicht aber die Frauen - als Kämpfer, wobei sie die eigentlichen Charakteristiken des Männlichen mit jenen des guten Kämpfers gleich setzt. So wird die Geschlechtsidentität zu einem Werkzeug, mit dem die Gesellschaften die Männer zum Kampf anstiften.⁷ Männlichkeitskonzepte wie körperliche Härte, Widerstandsfähigkeit, Mut und Ehre sind für einen guten Kämpfer notwendig, während Weiblichkeitskonzepte wie Freundlichkeit, Mitgefühl, Zartheit und Erbarmen keinen Platz auf dem Schlachtfeld haben.⁸

Diese Beispiele zeigen, dass im Falle der FARC die Tatsache, dass diese Guerillagruppe für Frauen die Möglichkeit bietet, zu Kämpferinnen zu werden, nicht unbedingt bedeutet, dass die Organisation die Geschlechtsstereotypen der patriarchalen Gesellschaft bekämpft. Um diesen Punkt zu unterstreichen, gilt es darauf hinzuweisen, dass die Mitbeteiligung einer grossen Anzahl von Frauen bei der FARC weder von einem Gleichstellungsdiskurs noch vom Kampf für die Frauenrechte begleitet wurde.⁹ Aus all diesen Gründen wird es nicht für wichtig erachtet, eine Frau an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Zusammengefasst: Die traditionellen Begriffe von Weiblichkeit und Männlichkeit bleiben auch im Denken der Kämpfenden bestehen.

Die Art, wie die paramilitärischen AUC die Frauen in die Kriegsaktivitäten integrierten, zeigt einige Unterschiede im Vergleich zur FARC auf. Zuerst einmal ist die Anzahl der Frauen bei den AUC viel geringer: Die AUC rekrutieren praktisch keine Frauen. Wenn sie es tun, dann unterscheiden sich die Bedingungen zwischen Männern und Frauen. Eine Ex-Kämpfende erklärt das Fehlen der Frauen bei den AUC auf folgende Weise: *Wenn du bei der zweimonatigen militärischen Ausbildung die Kampfbahn nicht erfolgreich absolvierst, dann wirst du getötet, oder du wirst aufgrund deines Verhaltens getötet. Darum hat es fast keine Frauen bei den Paramilitärs... Oder auch an anderen Orten wirst du nicht akzeptiert, denn das Zivile ist etwas und Kämpfer zu sein etwas anderes.* Diese Zeugenaussage belegt, dass die AUC die Geschlechtsstereotypen nicht bekämpfen, welche der Frau den Privatbereich als ihr Feld zuschreibt und sie vom Krieg ausschliesst. Der eigentliche Bereich des Weiblichen wird als *zivil* verstanden, und darum schaffen kämpfende Frauen einen Widerspruch. Es ist daher besser, keine Kämpferinnen zu haben. Joshua Goldstein sagt, zuzulassen,

7 Goldstein, siehe oben

8 Ebd.

9 Wie im Falle offizieller Heere können die Guerillagruppen viele Frauen in ihren Kampf integrieren, jedoch nicht um die Geschlechtsungleichheit mit der Unterordnung der Frau zu verändern, sondern um diese gleiche Geschlechtsungleichheit zur Aufrechterhaltung gewisser männlicher Vorrechte und der traditionellen Arbeitsteilung aufrecht zu erhalten; Wills, siehe oben.

dass eine Frau zu einer Kriegerin wird, könnte die Herrschaft des Mannes über die Frau gefährden. So schränken die patriarchalen Kulturen die Mitbeteiligung der Frauen bei Kämpfen ein.¹⁰

Sowohl bei der Rollenzuschreibung wie bei der Kontrolle der Sexualität und den Beziehungen mit der Zivilbevölkerung gelten für die Frauen in den AUC andere Bestimmungen als für die Männer. Die Frauen haben nicht die gleichen Aufgaben wie die Männer.¹¹ Frauen durften keine zivilen Männer als Geliebte haben, während die Männer dies konnten. Die Frauen konnten nicht in Führungspositionen aufsteigen und in einigen Verbänden hatten sie die Möglichkeit, im Falle einer Schwangerschaft nach Hause zu gehen. So können sie am Krieg teilnehmen, bis zu dem Zeitpunkt, wo sie die Rolle der Mutter zu erfüllen haben. Unter diesen Umständen ist es klar, dass es den AUC auch nicht daran liegt, einen Diskurs zur Gleichstellung der Frauen zu entwickeln.

Es wäre ein Widerspruch, wenn bewaffnete Gruppen, welche die Situation der Frauenrechte nicht hinterfragen, von einem Tag auf den anderen die Frauen in die Verhandlungsprozesse einbeziehen würden. Vielleicht sind die bewaffneten Gruppen nicht die geeignetsten Fürsprecher für die Rechte der Frauen. Die Bedeutung, dass die Frauen an den Verhandlungstischen präsent sein sollten, entspringt anderen Überlegungen. Im Moment des Übergangs zum Frieden stehen die Frauen, welche am Krieg teilgenommen haben, grossen Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung in das Zivilleben gegenüber. Um diese Schwierigkeiten erfolgreich zu meistern, ist der Einbezug von Frauen bei der Bestimmung der Wiedereingliederungsbedingungen wichtig. In Friedensprozessen in anderen Ländern, etwa Nicaragua und El Salvador, nahmen die Frauen aktiv am Krieg teil, wurden aber im Frieden völlig ausgeschlossen. Ihnen wurden nicht einmal das Recht auf Eigentum zuerkannt und sie wurden völlig am Zugang zum Öffentlichen gehindert. Dekaden später kämpften diese Frauen immer noch um ihren Miteinbezug.

Um diesen Prozess nicht zu wiederholen und mit dem Ziel, für diese Frauen die notwendigen Garantien für eine erfolgreiche Wiedereingliederung zu erreichen, ist der Miteinbezug der Frauen in die Verhandlungen ein zentraler Aspekt.

4. Soziale Bewegungen: Die Nationale Reparations- und Versöhnungskommission - warum keine Teilnahme

5.

Eine Gruppe von sozialen und Basisorganisationen, welche Mitglied der Friedensgruppe der NGO Planeta Paz sind, haben öffentlich ihre Ablehnung der Nationalen Reparations- und Versöhnungskommission bekannt gemacht. Sie argumentieren mit dem fehlenden angemessenen rechtlichen Rahmen und dass sie deshalb eine Mitwirkung in dieser Kommission ablehnen. Mario Giraldo erklärt in seinem Beitrag im Namen der Friedensgruppe die Gründe für ihre öffentliche Ablehnung.

Von Mario Giraldo Vélez, Friedensgruppe von Planeta Paz

Die jüngste öffentliche Erklärung der Friedensgruppe von Planeta Paz, in der auf die Nichtbeteiligung an der Nationalen Reparations- und Versöhnungskommission hingewiesen wird, hat Vorläufer bereits im Beginn des Verhandlungsprozesses zwischen der Regierung und den

¹⁰ Goldstein, siehe oben

¹¹ Eine Ex-AUC-Kämpferin sagt: In der Gruppe gab es Unterschiede zwischen dem, was die Männer machten und dem, was die Frauen taten. Beim militärischen Training waren wir drei Frauen und sie gaben uns einen Tag frei, während die Männer diesen freien Tag nicht erhielten. Zudem schickten sie keine Frau, um jemanden festzunehmen oder zu töten. Ich weiss nicht, warum der Kommandant uns dies nicht machen liess... eine Frau konnte dies nur tun, wenn dazu Gelegenheit war.

Paramilitärs.

Wie bekannt, wurde dieser Prozess ohne rechtlichen Rahmen begonnen, mit der Bedingung eines Waffenstillstandes und der Konzentrierung der Sprecher der AUC in Santa Fé de Ralito. Da kein rechtlicher Rahmen bestand, sprachen sich die Führungsleute von AUC und Regierung über die Reichweite von Prozessen ab und vereinbarten Dauer und Orte für die Verbüßung symbolischer Strafen, welche zu einem grossen Teil den Wünschen der Paramilitärs entsprachen. Diese hatten klar gemacht, dass sie nicht bereit seien, auch nur einen einzigen Tag im Gefängnis zu verbringen.

Andererseits wurde versucht, die Paramilitärs der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes zu entziehen, da mit diesen vermeintlichen Prozessen erreicht würde, dass die schweren Verbrechen der Paramilitärs formell als von der kolumbianischen Justiz abgeurteilt gelten. Zusätzlich strengte sich die Regierung über alles an, das Konzept des *politischen Deliktes* auf die von den Paramilitärs verübten Verbrechen auszuweiten und diesen anzupassen, um so die Strafvergünstigungen zu rechtfertigen, den Paramilitärs die politischen Räume für die Zeit nach ihrer Demobilisierung zu öffnen und die Bedingungen zu schaffen, um das Delikt des Drogenhandels als in Verbindung zum politischen Delikt erscheinen zu lassen, womit die Gefahr einer Auslieferung gebannt würde. All dies waren Forderungen der AUC.

In der Folge wurde die Regierung klar von den Paramilitärs unter Druck gesetzt, um gemeinsam mit ihnen den Inhalt des Gesetzes zu erarbeiten und so die Legislative - das Parlament - zu umgehen und zu ersetzen. Das Parlament würde sich später auf die formelle Annahme eines alternativen Strafvollzugs beschränken, welcher von den Paramilitärs zu ihrem eigenen Vorteil erarbeitet worden war.

Angesichts dieses schmachvollen Bündnisses verabschiedete die Friedensgruppe von Planeta Paz im Namen der sozialen Mitgliedsorganisationen eine erste öffentliche Erklärung. Darin wies sie darauf hin, dass die Verhandlungen mit den Paramilitärs keine politische Anerkennung haben, noch eine solche haben können. Jede Verhandlung muss auf die definitive und totale Auflösung des Paramilitarismus in Kolumbien, einschliesslich seiner Unterstützungs-, Finanzierungs- und Legitimationsnetze ausgerichtet sein. Verhandlungen würden einen ständigen Dialog zwischen Gesellschaft und Staat mit beinhalten, welche neben den Verhandlungen der Regierung mit den Paramilitärs laufen müssten; die Rechte der Opfer müssten vollumfänglich garantiert sein und auf der Aufklärung der Wahrheit beruhen, wie auch der Umsetzung von Gerechtigkeit und einer materiellen, moralischen und symbolischen Wiedergutmachung gegenüber den Opfern, den Organisationen und den Gemeinschaften, welche die Folgen der paramilitärischen Aktionen erlitten haben.

Die Friedensgruppe von Planeta Paz bekräftigte in dieser ersten Mitteilung, dass das Projekt eines Alternativen Strafvollzugs, wie er von der Regierung Uribe präsentiert worden war, NICHT zum Frieden und zur Versöhnung der KolumbianerInnen beiträgt, da darin Mechanismen vorgeschlagen werden, welche die provisorische Aufhebung von Strafen und Urteilen vorsehen, womit jenen erlaubt würde die Freiheit zu erlangen, welche abscheuliche Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt haben, wenn sie gewisse Bedingungen erfüllen, die in keinem Verhältnis zu der Schwere ihrer Delikte und ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern stehen. Der Vorschlag erfüllt weder die Anforderungen der kolumbianischen Verfassung noch der internationalen Verträge, zu deren Einhaltung die kolumbianische Regierung verpflichtet ist, heisst es in der Erklärung. Die obligatorische Bedingung eines vollständigen und umfassenden Geständnisses der verübten Delikte, einer effektiven und effizienten Zusammenarbeit mit der Justiz zur vollständigen Aufdeckung der Ereignisse und zur Identifizierung aller Verantwortlichen wird nicht geschaffen. Ebenso wenig ist die Schaffung einer Wahrheitskommission und die historische Aufklärung des Geschehenen vorgesehen, welche die Verantwortlichkeit der sozialen, wirtschaftlichen, politischen

und staatlichen Akteure aufdecken sollte, welche zur Bildung und Entwicklung des Paramilitarismus beigetragen haben. Der Regierungsvorschlag garantierte also weder Wahrheit, Gerechtigkeit noch Wiedergutmachung.

Später präsentierte die Regierung Forderungen zur Veränderung des statuarischen Gesetzesprojektes. Auch diesem gegenüber äusserte sich die Friedensgruppe von Planeta Paz. In dieser zweiten Erklärung wurden die Aussagen der ersten Verlautbarung vollumfänglich bekräftigt und hervor gehoben, dass die Veränderungsvorschläge der Regierung nur Mechanismen zur Erhebung der rechtlichen Wahrheit individueller Delikte vorsieht und die Aufklärung der Wahrheit und der historischen, politischen und staatlichen Verantwortlichkeit bei der Bildung und Entwicklung des Paramilitarismus ignoriert wird. Ebenso wurde auch hier keine Wahrheitskommission und keine historische, unvoreingenommene und glaubwürdige Aufdeckung der Geschehnisse vorgesehen. Ebenso wenig wurde die Schaffung einer Überprüfungscommission mit der Beteiligung von individuellen und kollektiven Opfern vorgesehen. Das paramilitärische Phänomen wurde zu einer simplen Strafsache, hinter der sich die staatlichen Verantwortlichkeiten und anderer ziviler und militärischer Akteure verschanzen, welche in die Bildung, die Förderung und die Finanzierung des Paramilitarismus in Kolumbien involviert waren.

Nach einem Verzögerungsprozess im Kongress entschied sich die Regierung aufgrund der nationalen und internationalen Kritik ihr Gesetzesprojekt zurück zu ziehen und begann einen Prozess der Neuausarbeitung. Dabei übernahm die Regierung die Aufgabe der Legislative, wozu sie uribistische Abgeordnete einlud. In dieser Art Enklave wurde während Frühstückten und Mittagessen hinter dem Rücken der Gesellschaft, der Opfer, der sozialen Organisationen und dem restlichen Kongress der neue Vorschlag ausgearbeitet.

Beim Treffen mit der Internationalen Gemeinschaft in Cartagena präsentierte die Regierung ein Gesetzesprojekt, welches auf der Grundlage eines Vorschlages von Parlamentariern erarbeitet war und das klare Ziel hatte, die Internationale Gemeinschaft zu täuschen, indem ein Gesetz präsentiert wurden, welches den internationalen Normen weit mehr entsprach. Dieses Täuschungsmanöver wurde noch deutlicher durch die praktisch gleichzeitige Präsentation eines neuen Vorschlages im Kongress, diesmal nicht unter dem Namen des Alternativen Strafvollzugs, auch nicht mit der Bezeichnung Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, sondern als Gesetzesprojekt *Gerechtigkeit und Friede*. Dieses dem Kongress vorgeschlagene Projekt war völlig verschieden von jenem, welches der Internationalen Gemeinschaft in Cartagena vorgestellt worden war. Dieser neue Regierungsvorschlag ignorierte auch sämtliche anderen Vorschläge, die ihren Ursprung im Parlament hatten.

Die Friedensgruppe von Planeta Paz erliess eine erneute Erklärung, diesmal als *Historische Feststellung*, welche *zukünftig von der internationalen Justiz in Betracht gezogen werden könnte*. In dieser Erklärung werden die Prinzipien von Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, welche in den vorangegangenen Erklärungen deutlich gemacht worden waren, einmal mehr bekräftigt.

Schlussendlich, jede mögliche Art von Druckausübung und Ränken ausnutzend, gelang es der Regierung die Zustimmung zum Gesetz Gerechtigkeit und Friede (Gesetz 975 von 2005) von den entsprechenden Kongresskommissionen und dem Gesamtkongress zu erreichen. Damit war es der Regierung gelungen, ein Gesetz nach den Vorstellungen und in Übereinstimmung mit den mit den Paramilitärs vereinbarten Abkommen durchzusetzen. Damit wurde den paramilitärischen Verbrechen politischer Status zuerkannt und Strafen festgelegt, welche eine Verhöhnung des nationalen und internationalen Sinnes von Gerechtigkeit, der Opfer und der elementarsten demokratischen Prinzipien sind, die Strafflosigkeit der abscheulichen Verbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeuten und auch die Strafflosigkeit der staatlichen Akteure

des gewaltsamen, kriminellen Vorgehens des Paramilitarismus in Kolumbien sichert.

Im Versteckten, verborgen durch die Feierlichkeiten zum Jahresende 2005, wurde das Dekret 4760 von 2005 erlassen, welches das Gesetz Gerechtigkeit und Friede reglementiert. Die Friedensgruppe von Planeta Paz sagt in ihrer jüngsten Erklärung dazu, dass *diese Reglementierung darauf ausgerichtet ist, die Wiedereingliederung der Paramilitärs in des zivile Leben zu begünstigen, ohne die minimalen Prinzipien von Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu respektieren und die Rechte der Täter über die Rechte der Opfer und der kolumbianischen Gesellschaft stellt*. Im Dekret werden die Vorzugsbehandlung der Regierung gegenüber den Paramilitärs ratifiziert und die grosszügigen gesetzlichen Begünstigungen auf die verurteilten, zur Zeit inhaftierten Autoren von Massakern und abscheulicher Delikte ausgeweitet. In klarer Überschreitung der Funktionen verzichtet die Regierung mit der kollektiven Eingliederung der Demobilisierten, welche Güter besitzen könnten, die illegal erworben oder angeeignet wurden, auf deren Rückgabe und deren Beitrag an Entschädigungszahlungen an die Opfer. Zudem werden die Strohmänner der Paramilitärs von Strafe ausgenommen und auch verhindert, dass die Opfer direkt ihre Vertretung in die Nationale Reparations- und Versöhnungskommission wählen können, welche von der Regierung ins Leben gerufen wurde.

Das Gesetz Gerechtigkeit und Friede und das reglementierende Dekret garantieren weder Wahrheit und Gerechtigkeit, noch Wiedergutmachung. Stattdessen errichten sie die Triologie von *Vergeben, Vergessen* und *Straflosigkeit*. Das Gesetz ist nicht auf die völlige Auflösung des Paramilitarismus ausgerichtet und trägt auch nicht zur Wiedergutmachung gegenüber den Opfern und zur nationalen Versöhnung bei. Es lässt auch nicht die demokratische Bildung einer autonomen und direkten Vertretung der Opfer zu, begünstigt die Täter auf Kosten der Opfer, weist auf eine schwerwiegende Zusammenarbeit des Staates und der Regierung mit dem Paramilitarismus in Kolumbien hin, dies im Rahmen eines skrupellosen Wiederwahlprozesses des Präsidenten und ist daher weit davon entfernt, zur Erlangung und Stärkung des Friedens in Kolumbien beizutragen. Im Gegenteil, das Erreichen des tief ersehnten Wunsches der KolumbianerInnen nach einem baldigen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit und einer wirklichen Demokratie rückt in immer weitere Ferne. Aus diesen Gründen hat die Friedensgruppe von Planeta Paz und die sozialen Basisorganisationen, die Planeta Paz angehören, die Beteiligung an der Nationalen Reparations- und Versöhnungskommission zurück gewiesen.